



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Landesverband Hessen e.V.
Otto-Hesse-Str.19/T 3, 64293 Darmstadt
Tel.: (06151) 2794500
Fax: (06151) 2794502
Homepage: www.dpolghessen.de
eMail: kontakt@dpolghessen.de

**DPoIG – so gut kann Gewerkschaft sein!
DPoIG – wir sind die Blauen!**

Verantwortlich

Roland Metz
Landesredakteur
Tel. 06151 / 2 79 45 00
Fax 06151 / 2 79 45 02
eMail: metz@dpolghessen.de

**DPoIG – tut was zu tun ist und noch mehr!
Weiter vorn mit der DPoIG!**

DPoIG – Info (DI)

Nr. 4

24. Februar 2017

**Ein Service der Deutschen Polizeigewerkschaft
im DBB (DPoIG), Landesverband Hessen**

In dieser Ausgabe lesen Sie:

- 1.1 – dbb Hessen sieht nach Einigung in der Tarifrunde der TdL jetzt das Land Hessen am Zug ****
- 1.2 – dbb Hessen fordert weiter 6 Prozent bei Tarifverhandlungen ****
- 1.3 – dbb Hessen: Stetige Debatte um „Pensionslasten“ unseriös und kontraproduktiv - Das kommt bei den Beamten wie ein „Tritt in den Hintern“ an! ****
- 1.4 – Aufruf: Kommt zur Protestkundgebung am 1.März 2017 nach Wiesbaden! ****



**DAS DPoIG-TEAM HEISST ALLE STUDIENANFÄNGER IN DER
FAMILIE DER POLIZEI HERZLICH WILLKOMMEM!**

1.1 - dbb Hessen sieht nach Einigung in der Tarifrunde der TdL jetzt das Land Hessen am Zug

„Nach der Einigung der Tarifpartner der TdL gibt es für Hessen keinen Grund mehr länger auf Zeit spielen“, forderte der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, in Potsdam die hessische Landesregierung auf.

Es sei nun Sache des Landes Hessen bis zur zweiten Verhandlungsrunde am 2. und 3. März in Dietzenbach ein vernünftiges, verhandelbares Angebot für die Landesbediensteten in Hessen auf den Tisch zu legen. „Es wäre schön, wenn die Regierung auf die üblichen Verzögerungsaktionen verzichten würde und zu einer schnellen tragfähigen Lösung des Tarifkonfliktes beitragen würde“, so Schmitt.

Gleichzeit bleibe der dbb Hessen bei seiner Forderung der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung und zusätzlich 3,5 Prozent Bezügeanpassung rückwirkend zum 1.7.2016 als Ausgleich für die Nullrunde 2015 und die Anpassung der Besoldung in 2016 um lediglich 1,0 Prozent.

Zur Untermauerung der Forderungen für die Tarifrunde 2017 in Hessen rufen die im dbb Hessen zusammengeschlossenen Gewerkschaften und Verbände für den 1. März zu einem ganztägigen Warnstreik auf. In Wiesbaden wird an diesem Tag eine Protestaktion durchgeführt werden.

Quelle: dbb Hessen Pressemitteilung 05/2017 vom 18.02.2017

1.2 - dbb Hessen fordert weiter sechs Prozent bei Tarifverhandlungen

„Der dbb Hessen bleibt bei den anstehenden Tarifverhandlungen bei seinen festgelegten Forderungen“, so der Landesvorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt. „Die Kernforderung bleibt die Entgelterhöhung in Höhe von sechs Prozent“, stellt Heini Schmitt als Reaktion auf die Überschrift von Presseberichten fest.

Eine eventuelle Berufung auf die Potsdamer Abschlüsse durch die hessische Landesregierung sei für den dbb Hessen obsolet. In den Tarifvereinbarungen von Potsdam seien Komponenten enthalten, die für Hessen nicht zutreffen würden. Der dbb Hessen erwarte daher von der Landesregierung ein eigenständiges verhandelbares Angebot.

Quelle: dbb Hessen Pressemitteilung 06/2017 vom 20.02.2017

1.3 - dbb Hessen: Stetige Debatte um „Pensionslasten“ unseriös und kontraproduktiv - Das kommt bei den Beamten wie ein „Tritt in den Hintern“ an!

Die neuerliche Debatte um die Beamtenpensionen verschweigt wesentliche Fakten. Die Alternative zu den Vorstellungen des Steuerzahlerbundes ist die Abschaffung des Berufsbeamtentums!

Als unseriös und kontraproduktiv bezeichnet Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen, die vom Bund der Steuerzahler erneut entfachte Debatte um die Beamtenpensionen.

„Es werden wesentliche Fakten verschwiegen. Dadurch wird die ohnehin schwierige Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst zusätzlich erschwert“ wirft Schmitt dem Steuerzahlerbund vor.

„Das Beamtenverhältnis ist auf Lebenszeit ausgerichtet. Dadurch sichert es den Bürgerinnen und Bürgern auch in Krisenzeiten einen funktionierenden Staat und eine gesetzestreue, unabhängige und verlässliche Verwaltung“, so Schmitt. Daher sei ein Beamter wesentlich stärker seinem Dienstherrn verpflichtet, als das im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis der Fall sei.

Beamte bekämen in ihrer Dienstzeit einen erheblich geringeren Bruttolohn als vergleichbare Beschäftigte in der Privatwirtschaft. Im Ruhestand würden ihre Pensionen höher versteuert als die Rente. Zudem müssten sie von ihrer Pension auch die stetig steigende Krankenversicherung selbst bezahlen.

In der angezettelten Debatte um die Beamtenpensionen werde nicht beachtet, dass Beamte seit Ende der 1950er Jahre geringere Gehaltserhöhungen erhielten als bei vergleichbaren Tarifabschlüssen in der Privatwirtschaft. In Hessen erhielten die Beamten im Vergleich zu den Tarifabschlüssen im Öffentlichen Dienst ständig verzögerte oder geringere Besoldungsanpassungen. „Über einen Versorgungsabschlag haben die hessischen Beamten zudem am Aufbau einer Versorgungsrücklage mitgewirkt“, erläutert Schmitt. Anstatt dieses Geld tatsächlich für die Zahlung der Pensionen der Beamten anzusparen, sei das Geld von der Politik für das Stopfen von Haushaltslöchern ausgegeben worden. Erst seit einigen Jahren wird in Hessen der Versorgungsabschlag zu einer Pensionsrücklage angespart.

Heini Schmitt stellt in seiner Stellungnahme fest: „Die Alternative zu den Vorstellungen des Steuerzahlerbundes ist die Abschaffung des Berufsbeamtentums. Mal sehen, wer dann noch zu Hilfe kommt, wenn man die 110 wählt. Mal sehen, was aus der Unterrichtsgarantie oder dem Brandschutz werden würde. Was geschieht, wenn man bestimmte Berufsgruppen aus dem Beamtenstatus drängt, hat uns der Lokführerstreik eindrucksvoll gezeigt.“

Besonders ärgerlich sei es, wenn Finanzminister Dr. Thomas Schäfer die Diskussion befeue, indem er in überflüssiger Wiederholung auf die „steigenden Pensionslasten“ hinweise.

„Wir Beamten sind keine ‚Pensionslasten‘, sondern Diener des Staates und seiner Bürger“, stellt Schmitt fest. Die Äußerungen des Finanzministers passten so gar nicht in das vollmundig von der Landesregierung propagierte Bekenntnis zum Berufsbeamtentum.

Schmitt abschließend: „Hessens Beamte und Pensionäre empfinden es als einen ‚Tritt in den Hintern‘, wenn ein Kabinettsmitglied mit solch undifferenzierter Wortwahl in eine absolut sachfremde und wahrheitsverdrehende Debatte einstimmt.“

Quelle: dbb Hessen Pressemitteilung vom 15.02.2017

1.4 - Aufruf: Kommt zur Protestkundgebung am 1.März 2017 nach Wiesbaden!



**Aufruf des dbb Hessen
zu Warnstreik & Protestkundgebung
am
1. März 2017, um 10:30 Uhr,
in Wiesbaden
auf dem Kochbrunnenplatz (Nähe Staatskanzlei)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Angebot bzw. das des dbb zur Tarifrunde 2017 wurde vorgelegt, doch die hessische Landesregierung will in gewohnt destruktiver Weise nicht auf unsere berechtigten Forderungen eingehen. Um den Druck zur nächsten Verhandlungsrunde am 02./03.03. zu erhöhen rufen wir alle Tarifbeschäftigten, die unter den Geltungsbereich des TV-H fallen, zum Warnstreik auf.

Wir wollen für Euch:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um sechs Prozent mit einem Mindestbetrag als soziale Komponente und die Einführung der Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9
- Stufengleiche Höhergruppierung
- Weiterentwicklung der Entgeltordnung zum TV-H
- Anhebung der Vollzugszulage
- Zeit- und Wirkungsgleiche Übernahme für Beamte und Versorgungsempfänger
- Für Auszubildende: 30 Tage Urlaub, Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 90 EUR, Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber, Übernahme aller Auszubildenden

Wir bitten um zahlreiche Teilnahme am Warnstreik und der Demo. Es geht um unsere Interessen, um unser Geld, um die Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das geht uns alle an!

Bitte melden Sie ihre Teilnahme der Demo bzw. Ihr Eintreten in den Warnstreik (Arbeitnehmer) bei Ihrem örtlichen DPolG-Kreisvorsitzenden an.

Hinweise:

Für Beamte gilt nach wie vor das Streikverbot; wir bitten aber dennoch die Kollegen sich solidarisch an der Veranstaltung zu beteiligen.

Die Teilnahme an einer Kundgebung/Demo/Protestaktion ist keine Arbeitszeit!

Für die Gewährung von Streikgeldunterstützung ist die Erfassung in der Streikliste vor Ort sowie im Nachhinein der Nachweis des Gehaltsabzuges unbedingt erforderlich.

Bei Fragen im Vorfeld sowie auch vor Ort steht Ihnen DPolG-Landestarifbeauftragter Stefan Bastian gerne mit Rat und Tat zur Verfügung!

DPoIG - wir sind die Blauen!
Das Vergnügen besser zu sein - DPoIG!

Besuchen Sie unsere Homepage: www.dpolghessen.de

Serviceleistungen für unsere Mitglieder und für die Polizei

Pkw riesig unter Listenpreis! **Mobiltelefone** unschlagbar günstig!



Sondertarife Ö. D.

von der DPoIG Service GmbH

Aktuelle Service-Angebote der DPoIG unter: www.dpolg-service.de oder 07161-964100

**DPoIG – tut was zu tun ist und noch viel mehr
Verstehen * Lösen * Handeln = DPoIG!
DPoIG – wir können was wir tun!**

Z I T I E R T

...

Spitzenpolitiker mahnen gern im Majestätsplural, Angst dürfe nicht unser Leben bestimmen. Sie selbst bewegen sich oft nur mit Personenschutz, ihre Privatquartiere und Arbeitsstätten sind Hochsicherheitszonen. Ordinare Bürger dagegen ändern aus Angst tatsächlich ihre Routine.

...

Wenn Politiker und gelegentlich Journalisten versuchen, die Debatte über Kriminalität auf die Gefühlsebene zu verschieben, dann erklären sie die Reaktion der Bürger zum eigentlichen Problem. Und die zwangstherapierten Bürger werden sich bei der nächsten Wahl rächen.

Alexander Wendt

Journalist

Stellv. Leiter im Resort Politik

(Auszug aus seinem Kommentar mit der Überschrift „Angst kann rational sein“)

im **FOCUS** 7/2017 (S. 34)

Erscheint in unregelmäßigen
Abständen bei Bedarf.
Nachdruck honorarfrei.
Quellenangaben erbeten.

Die unter Verfassernamen
veröffentlichten Artikel stellen
nicht in jedem Fall auch die
Meinung der DPoIG dar.

Ende DPoIG-Info (DI) Nr. 4-2017